

SOLOTHURNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.



AHV jetzt für die nächsten Jahre sichern

Am 25. September stimmen wir über die Revision der AHV ab. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir unser wichtigstes Sozialwerk nicht an die Wand fahren wollen.

Seite 10

Klare Positionen in der Sicherheitspolitik

Das neue Forderungspapier der FDP ist die Antwort auf die neuen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik. Die Schweizer Sicherheitspolitik muss an die neuen Realitäten angepasst werden. Denn die Sicherheit gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Freiheit und einen prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum.

Seite 12

Forderungspapier Migrationspolitik

Die FDP bekräftigt in ihrem neuen Forderungspapier eine harte, aber faire Migrationspolitik, die der langjährigen Tradition der Schweiz gerecht wird. Es braucht eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU, aber auch einen konsequenten Umgang mit Migration aus Drittstaaten.

Seite 13

Ja zur Verrechnungssteuerreform

Mit der Reform der Verrechnungssteuer können Finanzierungsaktivitäten und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückgeholt sowie die Steuereinnahmen erhöht werden. Ausserdem profitieren öffentliche Verwaltungen und Betriebe bei Kreditaufnahmen von tieferen Zinsen. Nationalrätin Daniela Schneeberger zeigt in ihrem Beitrag auf, weshalb die Reform im Interesse der Schweiz ist.

Seite 19



Mit prominentem Gast ins Jubeljahr gestartet

Delegiertenversammlung in Lohn-Ammannsegg

125 Delegierte und einige Gäste hatten sich auf den Weg nach Lohn-Ammannsegg gemacht, um gemeinsam die Parolen für die kommende Abstimmung zu fassen. Als Gast durfte der Präsident der FDP Schweiz, Thierry Burkart, begrüsst werden.

Kantonalpräsident Stefan Nünlist eröffnete die Solothurner Delegiertenversammlung (DV) und begrüsst die Delegierten im Wasseramt.

150 Jahre FDP-Kantonalpartei

Stefan Nünlist gab einen Einblick in die Geschichte der Partei. Vor 150 Jahren wurde die Kantonal-

partei gegründet. Vor der heutigen DV wurde die erste von 11 Eichen gepflanzt. In jedem Bezirk im Kanton Solothurn wird bis Ende Jahr einer dieser Bäume gesetzt, um die Verbundenheit mit den

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–8 Solothurner Freisinn
- 10 Interview mit Lukas Müller-Brunner vom Arbeitgeberverband
- 11 Regine Sauter setzt sich für die AHV 21 ein
- 12 FDP-Forderungen zur Sicherheitspolitik
- 13 FDP-Forderungen zur Migrationspolitik
- 15 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 16 Vorschau auf die Herbstsession
- 17 Damian Meier will in den Schwyzer Regierungsrat
- 18 FDP Zug ist bereit für die kantonalen Wahlen
- 19 Ja zur Reform der Verrechnungssteuer
- 20 Nein zur Massentierhaltungsinitiative
- 22 FDP Urban erarbeitet Resolution zur Wohnungspolitik
- 23 Vermischtes



Gemeinsam die AHV sichern

Wegweisende Abstimmung für die Schweiz

Liebe Freisinnige

Die Schweiz sieht sich zurzeit mit bedeutenden Herausforderungen konfrontiert, die vorausschauende Antworten und mehrheitsfähige, zum Teil rasche Lösungen erfordern. Unser Wohlstand ist alles andere als selbstverständlich und nicht zuletzt jenen zu verdanken, die unser Land auf einem starken liberalen Fundament erbauten. Die bürgerliche Politik ist die Garantin für Lösungen, welche unsere Wirtschaft sowohl bei innerschweizerischen Reformen wie auch im internationalen Wettbewerb erfolgreich erhalten. Nur der Schulterschluss der bürgerlichen Parteien macht diese Reformfähigkeit möglich. Die bevorstehenden Abstimmungen führen vor Augen, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist. Denn bei allen drei Vorlagen ruft links-grün nach mehr Umverteilung, mehr Nivellierung und mehr Staat.

Gemeinsam anpacken und die Zukunft der AHV sichern

Seit 1948 haben alle Menschen in diesem Land Anspruch auf eine Altersrente. Aber die AHV, unser wichtigstes Sozialwerk, ist aus der Balance. Ohne Massnahmen wird die AHV bereits im Jahr 2025 mehr Geld ausgeben als einnehmen. Die AHV-Reform beinhaltet die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer – was bereits zum Zeitpunkt der Einführung der AHV mit 65/65 der Fall war. Diese Gleichstellung wird mit zahlreichen Massnahmen abgedeckt. Die AHV 21 bringt aber auch Modernisierungen wie die Flexibilisierung des Rentenalters. Mit einer minimalen Erhöhung der Mehrwertsteuer leisten zudem alle Generationen einen Beitrag zur Sicherung der Altersvorsorge. Die Reform tritt nur dann in Kraft, wenn beide Teile angenommen werden.

Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Unternehmen, der Bund, die Kantone oder die Gemeinden können durch die Ausgabe von Anleihen eine direkte Finanzierung von Investoren erhalten. Die Anleihezinsen unterliegen derzeit einer hohen Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Somit erhält der Investor nur 65 Prozent der Zinserträge, die restlichen 35 Prozent müssen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung zurückgefordert werden. Dieser finanzielle und bürokratische Mehraufwand macht Investitionen in Schweizer Unternehmen vor allem für ausländische Investoren unattraktiv, da sie nicht 100 Prozent ihrer Erträge erhalten. Dies führt zu Ausweichmanövern und verpassten Chancen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Verrechnungssteuerreform korrigiert dies und ermöglicht die Rückführung von Finanzierungsaktivitäten in die Schweiz.

Nein zur unnötigen Tierhaltungsinitiative

Mit der Initiative soll die Massentierhaltung als tierunwürdig definiert werden. Die Vorschriften für Unterbringung, Pflege usw. sollen massiv eingeschränkt, die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen mit enormen administrativen Aufwänden beladen werden. Die Schweizer Gesetzgebung zum Schutz und zur Würde von Tieren ist bereits eine der strengsten der Welt. Unser Land bekennt sich somit bereits zu hohen Standards des Tierschutzes. Die Initiative ist unverhältnismässig und hätte weit reichende Folgen für die Schweizer Landwirtschaft.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Fortsetzung von Seite 1

Regionen zu demonstrieren. Mit dieser Aktion wird die Vergangenheit geehrt und ein Zeichen für die Zukunft gesetzt – denn wer Bäume pflanzt, der glaubt an die Zukunft!

2x JA zur AHV 21

Die Vizepräsidentin der Kantonalpartei, Sabrina Weisskopf, präsentierte die Pro Argumente für die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Änderung des Bundesgesetzes über die AHV.

Die letzte strukturelle Revision der AHV fand 1997 statt, seither ist jeder neue Versuch gescheitert. Die demografische Entwicklung und erhöhte Lebenserwartung führen dazu, dass die Kosten die Einnahmen übersteigen. Darum besteht jetzt Handlungsbedarf. Mit der Rentenflexibilisierung (Bezug zwischen 63 und 70 Jahren) würde längere Erwerbsphasen attraktiver und könnte der Fachkräftemangel gemildert werden. Mit einer moderaten Erhöhung der Mehrwertsteuer könnte die erste Säule stabilisiert werden, die Mehrausgaben pro Haushalt würden zirka 200 Franken pro Jahr betragen.

SP-Kantonsrat Hardy Jäggi präsentierte die Gegenargumente:

- Eine echte Gleichstellung wird nur erreicht, wenn Lohngleichheit, Chancengleichheit und gleich hohe Renten eingeführt sind.
- Mit der AHV 21 wird keines dieser Gleichstellungsprobleme gelöst.
- Die Erhöhung der Mehrwertsteuer bestraft insbesondere die mittleren und tiefen Einkommen. In einer Zeit, in der die Lebenskosten steigen und die Kaufkraft sinkt, ist das ein falsches Signal.
- Die Kasse der AHV ist mehr als gut genug gefüllt und der Betrag wird in den nächsten Jahren sogar noch zunehmen. Die Delegierten fassten für die Erhöhung der Mehrwertsteuer ohne Gegenstimmen und mit 2 Enthaltungen die «JA»-Parole.

Die Änderung des Bundesgesetzes über die AHV (AHV 21) wurde ohne Gegenstimmen und mit 3 Enthaltungen angenommen.

NEIN zur Volksinitiative «Massentierhaltung»

Kantonsrat und Direktor des Schweizer Bauernverbandes, Martin Rufer (Lüsslingen), präsentierte die Volksinitiative gegen Massentierhaltung.

Die Initiative fordert das Ende der industriellen Nutztierhaltung in der Schweiz. Für die Initianten soll die Tierwürde in der Landwirtschaft im Gesetz verankert werden.

Für die Gegner ist klar, dass die Initiative unnötig ist. Bereits heute gibt es verschiedene Labels, welche die von der Initiative geforderten Standards einhalten. Das Angebot ist jedoch bereits heute grösser als die Nachfrage. Die Initiative wäre für die Konsumenten schädlich, da die Preise für



Kantonalpräsident Stefan Nünlist

Fleisch, Eier und Milchprodukte um 20 bis 40 Prozent steigen würden. Dies würde wiederum Importe und den Einkaufstourismus fördern.

Für die FDP ist klar, dass die Initiative abgelehnt werden muss, da ...

... sie der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft einen fatalen Schlag versetzt,

... sie dem Interesse des Verbrauchers widerspricht, ... die Initiative schädlich und unnötig ist.

Die Delegierten fassten für diese Vorlage die «NEIN»-Parole ohne Ja- gegen 123 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen.

JA zur Revision der Verrechnungssteuer

Kantonsrat Christian Thalmann (Breitenbach) präsentierte die Argumente zur Revision der Verrechnungssteuer.

Die Zinszahlungen auf inländische Obligationen sind für Anleger unattraktiv, da sie der Verrechnungssteuer unterliegen. Das führt dazu, dass sich Schweizer Unternehmen Geld im Ausland statt in der Schweiz beschaffen. Die Verrechnungssteuer als Sicherungselement ist nicht mehr notwendig, da ein automatischer Informationsabgleich besteht. Die Steuerausfälle werden mittelfristig durch Mehrerträge kompensiert werden. Die Reform der Verrechnungssteuer hilft, damit



Thierry Burkart

die Schweiz als Unternehmensstandort attraktiv bleibt. Die Delegierten fassten für diese Vorlage die «JA»-Parole mit 117 Ja- ohne Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Personelles

Sabrina Weisskopf verabschiedete die zurückgetretenen Kantonsräte Philippe Arnet und Urs Unterlerchner. Für die beiden sind Manuela Misteli und Markus Dietschi nachgerückt.

Die eidgenössischen Delegierten mussten neu gewählt werden, da die FDP Schweiz die Statuten geändert hatte. Sie wurden per Akklamation gewählt und sind auf der Website der FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn ersichtlich.

Prominenter Gast

Mit dem Präsidenten der FDP. Die Liberalen, Thierry Burkart, konnte ein prominenter Gast begrüsst werden. Er betonte, wie wichtig es ist, für die freiheitlichen Werte zu kämpfen. Für ihn ist klar, dass die FDP nur Erfolg hat, wenn die Freisinnigen zusammenstehen und zusammen kämpfen. Die FDP darf klare Kante zeigen, die Differenzierung darf jedoch nicht zulasten einer klaren Position gehen. Er ruft die Freisinnigen auf, sich einzubringen.

Schlusswort des Präsidenten

Stefan Nünlist bedankte sich bei der Ortspartei Lohn-Ammannsegg für die Organisation des gelungenen Anlasses. Er rief die versammelten Freisinnigen auf: «Die Eichen und die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte helfen uns, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern nach vorne zu blicken und uns den Problemen zu stellen. Auch die Generationen vor uns hatten wiederholt grosse Herausforderungen zu bewältigen, haben aber immer wieder die Ärmel hochgekrepelt, sich zusammengerauft und für bessere Lösungen gekämpft.»

Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin

FDP Frauen Kanton Solothurn am gemeinsamen Nachtessen.



Sommeranlass im Kloster Dornach

Neues Co-Präsidium

Bei besten Bedingungen sind 16 freisinnige Frauen der Einladung zum Sommeranlass ins Schwarzbubenland gefolgt. Vor dem offiziellen und statutarischen Teil konnten die interessierten Frauen einen Einblick hinter die Klostermauern gewinnen, die mittlerweile dank der modernen Nutzung nicht mehr der Öffentlichkeit verschlossen sind. Dieser interessante Einblick sowie das aufschlussreiche Inputreferat wurden durch die Kunsthistorikerin Dr. Barbara van der Meulen, Leiterin Kultur, ermöglicht.

Noch bei praller Sommersonne, aber mit einem kühlen Apérogetränk, verfeinert mit frischen Kräutern aus dem Klostergarten, wurde der offizielle Empfang durch die Co-Präsidentinnen Karin Oertlin und Karin Büttler-Spielmann eröffnet. Nach einem kurzem Rück- sowie Ausblick auf die Aktivitäten der FDP Frauen Solothurn wurde rasch zum Personellen gewechselt, wo Karin Büttler-Spielmann verkündete, dass sie ihr Amt niederlegt. Hier ergriff die Co-Präsidentin, Karin Oertlin, das Wort und dankte ihrer Kollegin für die grossartige Zusammenarbeit sowie ihren unermüdlichen jahrelangen Einsatz für den solothurner Freisinn. Die FDP wünscht Karin Büttler-Spielmann alles Gute und viel Freude bei allem, was kommen mag und viel Erfolg in ihrer beruflichen Laufbahn. Bevor Karin Büttler-Spielmann sich vom politischen Geschehen und Alltag zurückzieht, hat sie eine neue Co-Präsidentin gesucht.

Bei der 26-jährigen Merve Zejnula aus Oensingen wurde sie fündig. Aus der gleichen Amtei

stammend, haben sich die beiden bereits kennen und schätzen gelernt. Merve Zejnula ist bereits kommunal in einigen Ämtern für die FDP tätig, unter anderem als Vizepräsidentin der Ortspartei Oensingen. Seit Anfang dieses Jahres ist sie beruflich als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesbern tätig. Im Generalsekretariat unterstützt sie tatkräftig unsere Parlamentarier in der Staatspolitischen Kommission und in der Kommission für Rechtsfragen. In einer kurzen Ansprache zu den versammelten Frauen nützte sie die Gelegenheit, ihre Freude über ihr neues Amt und dessen Herausforderungen sowie ihre Freude auf die Zusammenarbeit mit ihrer Kollegin Karin Oertlin kundzutun. Ihr ist es sehr wichtig, den Zusammenhalt und Support innerhalb der Frauen beizubehalten und wo möglich zu fördern. Das Engagement möchte sie dahin gehend einsetzen, den vollen Nutzen eines funktionierenden Netzwerks auszuschöpfen und die gemeinsamen Synergien zu nutzen, dies auch im Hinblick auf die anstehenden nationalen Wahlen 2023.



Merve Zejnula, Karin Büttler-Spielmann und Karin Oertlin.



Frauen vor dem Kloster.

Nachdem der statutarische Teil beendet war, konnten sich die Frauen in der Bibliothek des Klosters einfinden und dem Referat «Das Kloster als KMU» von Frau van der Meulen zuhören. Das Kloster hat eine wechselvolle Geschichte durchlebt und musste sich den Umständen entsprechend stets neu orientieren. Es entspricht heute einem Mehrspartenbetrieb und verbindet in den einst religiösen Mauern auf eine neue, innovative und künstlerische Art Restaurant, Hotel und Kultur.

Das ganze Programm wurde am Schluss mit feinen und regionalen Köstlichkeiten beim gemeinsamen Abendessen und interessanten sowie ausgiebigen Gesprächen am Tisch abgerundet. An dieser Stelle gebührt ein herzlicher Dank den mitwirkenden und organisierenden Frauen: Iris Kofmel und Franziska Hochstrasser (Sekretariat) sowie Sylvia Leisi (Ortsparteipräsidentin von Gempen).

Verfasserin: Merve Zejnula
Co-Präsidentin FDP Frauen

Stefan Kocher, Christian Thalmann, Sabrina Weisskopf, Stefan Nünlist, Peter Hodel und Thierry Burkart packen an!



Zukunft braucht Herkunft

Präsidiale Gedanken

Am 16. August pflanzten wir in Lohn-Ammannsegg im Beisein von Ständerat Thierry Burkart unsere erste Freiheitseiche. Mit dieser und noch zehn weiteren Eichen wollen wir in den kommenden Monaten den 150. Geburtstag der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Solothurn feiern und damit der Vereinigung aller liberalen Kräfte des Kantons gedenken. Viele von euch sind jetzt vielleicht etwas verwirrt: Warum feiern wir jetzt unseren 150. Geburtstag? Gilt nicht der Rössli-Tag vom 22. Dezember 1830 als Geburtsstunde unseres Solothurner Freisinns? Auch das stimmt!

Eine historische Rückblende ist angesagt: Am 22. Dezember 1830 wurde die Herrschaft des solothurnischen Patriziats beendet. Bereits am 11. Januar 1831 nahm das Solothurner Volk eine Verfassung an, in der die repräsentative Demokratie festgeschrieben wurde. Das ist der Ursprung des solothurnischen Liberalismus. Zwar gab es anfänglich noch keine Parteien im heutigen Sinn, aber liberal gesinnte Männer unter der Führung von Josef Munzinger errangen im nun demokratisch verfassten Kanton Solothurn die Mehrheit.

In den ersten zwanzig Jahren liberaler Herrschaft wurde der zuvor bestehende Obrigkeits- und Polizeistaat nach und nach zum Rechtsstaat umgebaut. Die Privilegien von Geburt und Ort wurden abgeschafft, an die Stelle der Willkür traten rechtliche Normen. Bis 1856 stand der Kanton unter der Führung dieser von Josef Munzinger geprägten «Altliberalen». Während die Altliberalen für eine repräsentative Demokratie eintraten, kämpfte die mit der Zeit erstarkende radikal-libe-

rale Bewegung für die direkte Demokratie. Nach ihrem 1855 in einem roten Umschlag veröffentlichten Manifest «Sind im Kanton Solothurn keine Verbesserungen nothwendig?» wurden die Radikal-Liberalen als «Rote» bezeichnet. Ihre altliberalen Kontrahenten antworteten mit der Schrift «Ein Wort an das solothurnische Volk über die im Kanton Solothurn angeregte Verfassungsrevision» in grauem Umschlag und wurden so zu den «Grauen». 1856 setzten sich die Radikal-Liberalen unter Wilhelm Vigier durch. In einer Volksabstimmung vom 30. März wurde das Begehren nach einer Verfassungsrevision angenommen und kurze Zeit später eine entsprechende neue Verfassung bei weitgehender Stimmenthaltung der «Grauen» im Kantonsrat verabschiedet. Im Kantons- und Regierungsrat gewannen die «Roten» die Oberhand.

Die Radikal-Liberalen behielten ihre errungene Führungsposition bis 1872 bei. Zu Beginn der 1870er-Jahre rückten die lange zerstrittenen «Roten» und «Grauen» durch gemeinsame Bestrebun-

gen näher, insbesondere durch ihren Kampf für eine Revision der Bundesverfassung und gegen die katholisch-konservativen Ultramontanisten.

Am 6. Oktober 1872 fusionierten dann in Olten im Beisein von über 300 Delegierten aus dem ganzen Kanton die Liberalen und Radikalen zum Liberalen Verein des Kantons Solothurn, zur Freisinnig-Demokratischen Partei.

Der Solothurner Freisinn wurde in Zeiten der Veränderungen, des Umbruchs und der Unsicherheiten gegründet. Die Schweiz als moderner Staat war noch in keiner Weise gefestigt, das liberale helvetische Experiment wurde von den umliegenden konservativen Ländern mit Argwohn beobachtet. Und der Freisinn hat sich, auch das zeichnet uns aus, aus unterschiedlichen liberalen Strömungen entwickelt.

Auseinandersetzungen, unterschiedliche Meinungen und Überzeugungen sind ebenso Teil unserer Geschichte wie auch die Lust und Bereitschaft, Konflikte auszutragen, die Grösse, sich wieder zu versöhnen und gemeinsam fürs Ganze zu kämpfen.

Heute stehen dunklere Wolken als auch schon am Himmel. Denken wir etwa an den Konflikt in der Ukraine, unsere Energieversorgung, die Inflation, die Herausforderung rund ums Klima, unser Verhältnis zu Europa oder den Reformbedarf unserer Sozialwerke.

Wenn wir unsere Vergangenheit ehren, so tun wir das, um daraus Kraft und Zuversicht zu schöpfen und ein Zeichen für die Zukunft setzen. Die Eichen und die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte helfen uns, den Kopf nicht in den Sand zu stecken. Wir wollen, wie das die Generationen von Freisinnigen vor uns gemacht haben, nach vorne blicken, uns den Herausforderungen und dem Wettbewerb der Ideen stellen und zusammen nach den besten Lösungen suchen. Wie jede Generation vor uns bewältigen auch wir die anstehenden Herausforderungen, krepeln die Ärmel hoch, raufen uns zusammen, kämpfen für die bessere Lösung und gestalten so unsere Zukunft.

Ich bin sicher, dass wir dies schaffen. Denn der Freisinn ist in bewegten, unsicheren Zeiten entstanden, hat viele Stürme überlebt, sich immer wieder weiterentwickelt und ist alles andere als eine zeitgeistige Schönwetter- und Wohlfühlpartei. Zukunft braucht eben auch Herkunft. Oder mit anderen Worten: Wer Bäume pflanzt, der glaubt an die Zukunft.

Mit herzlichen Grüssen
Stefan Nünlist
 Präsident FDP des Kantons Solothurn

Wechsel im Kantonsrat

Ein neues und ein altbekanntes Gesicht für die Fraktion



Die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn hat dieses Jahr zwei Rücktritte aus dem Kantonsrat zu verzeichnen. Philippe Arnet aus Lohn-Ammannsegg wird ersetzt durch Manuela Misteli aus Biberist. Urs Unterlerchner aus Solothurn hat als Nachfolger Markus Dietschi aus Selzach.

Wechsel in der Amtei Bucheggberg-Wasseramt

Nach sechs Jahren beendet Philippe Arnet seine Zeit im Kantonsrat aus familiären Gründen. Philippe war Vertreter der Amtei Bucheggberg-Wasseramt und Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Auf Philippe Arnet folgt die Biberister Vize-Gemeindepräsidentin und Architektin Manuela

Misteli. Sie ist verheiratet, hat drei schulpflichtige Kinder und engagiert sich in diversen Gremien.

Wechsel in der Amtei Solothurn-Lebern

Ebenfalls zurückgetreten ist Kantonsrat Urs Unterlerchner aus Solothurn. Er hat diesen Sommer den Posten des Stadtschreibers in Solothurn übernommen und tritt daher als Kantonsrat und Gemeinderat zurück. Urs Unterlerchner war Vertreter der Amtei Solothurn-Lebern und Mitglied in der JUKO. Er hat immer wieder eigene Vorstösse eingebracht und war ein engagiertes Mitglied der FDP-Fraktion. Sein Nachfolger wird Markus Dietschi aus Selzach, welcher bereits von 2013 bis 2021 im Kantonsrat ver-

treten war. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und setzt sich aktiv für die Landwirtschaft ein.

Danke und herzlich willkommen

Die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn dankt den Zurücktretenden für ihre langjährige, erfolgreiche und sehr engagierte politische Arbeit im Kantonsrat und innerhalb der freisinnigen Fraktion.

Manuela Misteli und Markus Dietschi heissen wir im Kreise unserer FDP-Fraktion herzlich willkommen und wünschen ihnen alles Gute und viel Freude an ihrer neuen Aufgabe.

Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin



Philippe Arnet



Manuela Misteli



Urs Unterlerchner



Markus Dietschi



HESO Solothurn

23.09.–02.10.2022



Mio Olten

23.–26.09.2022

Blick vom Stadthaus auf Olten.



Die Trennung von Kirche und Staat

Volksauftrag Jungfreisinnige

Vielleicht sollte man besser von einer Scheidung von Kirche und Staat anstatt von einer Trennung sprechen. Historisch gesehen ist die Schweiz eng mit den Religionen verbunden – zum Beispiel mit dem Sonderbundkrieg von 1847, aus welchem die moderne Schweiz hervorging.

Im Jahr 2020 hatten gemäss Bundesamt für Statistik rund 30 Prozent¹ aller in der Schweiz dauerhaft wohnhaften Personen keine Religionszugehörigkeit. In dieser Auswertung ist ebenfalls gut ersichtlich, dass immer mehr Leute aus der Kirche austreten. Dies zeigt, dass es längst überfällig ist, Staat und Kirche definitiv voneinander zu trennen, besonders im Bereich der Steuern, in dem es nicht mehr haltbar ist, dass nicht jede Religion gleich behandelt wird. Der Staat ist hier nicht neutral.

Besonders offensichtlich wird dies bei den historisch begründeten Feiertagen, von welchen wir im Kanton Solothurn besonders viele geniessen dürfen, obschon es nur noch eine Minderheit interessiert, aus welchem Grund wir einen Feiertag haben. Die meisten geniessen einfach einen arbeitsfreien Tag mit vollem Lohnanspruch. Würde es nicht mehr Sinn machen, anstelle von Feiertagen zehn Ferientage mehr gutgeschrieben zu bekommen, welche man dann unabhängig von der eigenen Religion beziehen könnte?

Wer sich nicht mit einer Religion identifizieren kann oder will, kann mit relativ kleinem Aufwand aus der jeweiligen Kirche austreten. Die jeweilige Person ist mit dem Austritt somit auch von der Kir-

chensteuer befreit. Die Kirchensteuer wird bekanntermassen jedoch nur von Leuten erhoben, welche sich als römisch-katholisch, reformiert oder christ-katholisch identifizieren.

Von juristischen Personen wird im Grundsatz keine Kirchensteuer erhoben, jedoch wird dabei der kantonale Finanzausgleich nicht beachtet, aus welchem auch Kirchgemeinden Geld erhalten. Das heisst für juristische Personen, dass sie gezwungenermassen die drei bevorzugten Religionen unterstützen müssen, egal ob sie dies möchten oder nicht.

In den letzten Jahren haben sich die Kirchgemeinden in der Schweiz und auch im Kanton Solothurn vermehrt in politischen Abstimmungen involviert und aktiv engagiert (Referendumsabstimmung «Frontex» oder auch bei der «Konzernverantwortungsinitiative»). Dies hat zumindest im Falle der Konzernverantwortungsinitiative zur paradoxen Situation geführt, dass juristische Personen mit ihrer Finanzausgleichsteuer einen Abstimmungskampf gegen sich selbst finanzieren mussten. Eine solche Situation ist nicht haltbar.

Die Jungfreisinnigen des Kantons Solothurn haben daher beschlossen, einen Volksauftrag auszuarbeiten. Dieser sieht im Wesentlichen vor, dass

juristische Personen sich von dem Teil der Finanzausgleichsteuer befreien können, welcher den Kirchgemeinden zugutekommt – gleich wie der Kirchenaustritt bei den natürlichen Personen. Jene Unternehmen, die weiterhin ihren Beitrag leisten möchten, sollen dies auch weiterhin machen können. Es ist nicht Ziel der Jungfreisinnigen, die Kirchgemeinden verarmen zu lassen. Unser Ziel ist es, dass im Kanton Solothurn alle Religionen die gleichen Möglichkeiten und dieselbe Distanz zum Staat haben.

Wenn man die Zukunft betrachtet, ist es für uns wünschenswert, dass die Kirchensteuer in ihrer heutigen Form nicht mehr existiert. Auch die aktuelle Form und das Verständnis der Kirchgemeinde ist grundsätzlich zu überdenken. Die junge Generation stellt sich die Zukunft der Kirchgemeinden als Vereine vor, in der Form von Glaubensgemeinschaften, komplett eigenständig und abgetrennt vom Staat. Die Kirchgemeinden übernehmen zweifellos wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Damit diese Rolle gewahrt werden kann, sollten sie Leistungsaufträge von der öffentlichen Hand erhalten. So wird Rechtsgleichheit und Gleichberechtigung zwischen sämtlichen Religionen geschaffen.

Matthias Scheidegger
Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen
Kanton Solothurn

¹Quelle: Bundesamt für Statistik, 30.7.2022

Wenn der Strom knapp wird

Kolumne

Die Gaskrise bringt Deutschlands Energiepolitik völlig ins Wanken. «Der Spiegel» schreibt zutreffend von einer «Energiekehrtwende». Kein vorzeitiger Ausstieg aus der Kohleenergie und sogar ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke sind selbst für Grüne nicht mehr tabu. Allen voran legt sich der grüne deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck für die Energiekehrtwende ins Zeug, ungeachtet dessen, ob das seiner Partei passt. Deutschland ist im Unterschied zur Schweiz erheblich stärker in die Abhängigkeit der ausländischen und vor allem der russischen Energielieferungen geraten. Doch wird mit Blick auf den bevorstehenden Winter auch bei uns die Frage gestellt: Was tun, wenn der Strom knapp wird?

An Rat- und Vorschlägen fehlt es vor allem von Politikerinnen und Politikern in solchen Situationen nicht: Rolltreppen abstellen, Elektroöfen verbieten, Strassenbeleuchtung reduzieren und was sonst noch einem gerade einfällt. Von einer Energiekehrtwende ist jedoch nicht die Rede. Bundesrätin Simonetta Sommaruga verzichtet zwar «wegen der drohenden Energiekrise» auf ihre Ferien, bastelt aber bloss weiter an Windrädern, ohne aufzuzeigen, was jetzt dringend verändert werden müsste. Oder die für die Energiepolitik im Kanton Solothurn zuständige Regierungsrätin Brigit Wyss beteuert in ihrer 1.-August-Ansprache: «In der Landwirtschafts- und der Energiepolitik brauchen wir neue Strategien», um dann gleich wieder das alte Lied vom zu beschleunigenden Bau erneuerbarer Energien anzustimmen. Ob es in dieser Situation weiterhin Sinn macht, an der Steuerfreiheit für Elektroautos festgehalten werden soll, ist für sie kein Thema.

Unsere derzeitigen Probleme sind weitgehend hausgemacht, selbst verschuldet. Überhastet hat der Bundesrat den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, ohne über einen ausreichenden Ersatz an Alternativen zu verfügen. Ende 2019 hat man die Abschaltung des Kernkraftwerks Mühleberg gross und festlich gefeiert. Mühleberg lieferte ungefähr 5% des Strombedarfs und leistete vor allem einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit der Westschweiz. Aber jetzt jammern wir über eine



möglich Stromknappheit. Dass ausgerechnet der Präsident der Elektrizitätskommission, die eigentlich für die Versorgungssicherheit besorgt sein müsste, zum Kauf von Kerzen und Holz rät, ist mehr als bedenklich und zeigt, wie weit wir es mit der Energiewende gebracht haben.

Unsere Energiepolitik ist zudem seit Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten ideologisch verbrämt. Typisch dafür, wie die Aargauer SP Nationalrätin Gabriela Suter die Atomenergie als eine «Träumerei einiger Vorgestrigen» verspottet. Und mit den Grünen lässt sich über diese Option überhaupt nicht diskutieren. Heisst das mit Scheuklappen in die Zukunft gehen?

Eine Ideologie, eine Weltanschauung braucht jede Partei, die ernst genommen werden will. Aber gute Politik muss auch offen für Veränderungen sein. Putin hat mit seinem Krieg gegen die Ukraine Veränderung geschaffen. Aber ausgerechnet in dieser Situation können es sich die Grünen leisten, mit Marionna Schlatter eine prononcierte Armeegegnerin als Sprecherin für Sicherheitsfragen nach vorne zu schicken.

Wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Stromversorgung der Bevölkerung zu sichern? Wollen wir eine Armee, die im Ernstfall auch einsatzbereit wäre? An solchen Fragen und nicht nach den in den Parteiprogrammen der Linken festgefahrenen Prinzipien sollten die Wählerinnen und Wähler in einem Jahr entscheiden, wer in den nächsten vier Jahren im Parlament und in der Exekutive unsere wichtigsten Anliegen vertreten soll.

Urs Marti, Langendorf

AGENDA

23. bis 26. September 2022

FDP Stand an der MIO in Olten

23. September bis 2. Oktober

FDP Stand an der HESO in Solothurn (Stand 507 Halle 5)

Sonntag, 25. September, 9 Uhr

FDP-Brunch an der HESO (siehe Kasten unten)

Sonntag, 25. September

Eidgenössische Abstimmung

Mittwoch, 19. Oktober, 19 Uhr

Kantonale Delegiertenversammlung (Langendorf)

Samstag, 22. Oktober

Tag der FDP (Burgdorf)

Dienstag, 8. November

12.45 Uhr: Apéro-Gespräch mit Kantonsangestellten und öffentliche Kantonsrats-Fraktionssitzung (Couronne, Solothurn)

Samstag, 12. November

Freisinniges Gipfeltreffen

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

Wechsel im Kantonsrat

Amtei Solothurn Lebern

Markus Dietschi (neu) für Urs Unterlerchner

Amtei Bucheggberg Wasseramt

Manuela Misteli (neu) für Philippe Arnet

Wir danken den zurückgetretenen Kantonsräten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

FDP-Brunch an der HESO

Sonntag, 25. September, 9 bis 11 Uhr, im Zelt der Bio-Bauern im Schanzengraben (Halle 10). Preis: Fr. 25.– pro Person (inkl. Getränke), Kinder bis 12 Jahre gratis. Anmeldung erforderlich bis Freitag, 16. September beim FDP-Sekretariat, 032 622 31 66, oder info@fdp-so.ch. Aufgrund der beschränkten Anzahl Plätze werden die Anmeldungen nach Eingang berücksichtigt.

Herzlichen Dank für die Unterstützung!

Die Unterschriftensammlung für die Individualbesteuerung war erfolgreich!

CHF

CHF

www.individualbesteuerung.ch

 @individualbesteuerschweiz

 @individualbesteuerung_ch

 @StGe_ch



«Die Reform erreicht, was es braucht»

Arbeitgeberverband stellt sich hinter die AHV 21

Als Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen beim Schweizerischen Arbeitgeberverband ist Lukas Müller-Brunner ausgewiesener Experte für die Altersvorsorge. Im Interview spricht er über die Notwendigkeit der AHV-21-Reform und darüber, weshalb die Frauen davon profitieren.

Herr Müller-Brunner, wie geht es der AHV heute?

Nicht wirklich gut, bei einem menschlichen Patienten würde man wohl von einem kritischen Zustand sprechen. Ein guter Indikator, um die finanzielle Gesundheit der AHV zu messen, ist das sogenannte Umlageergebnis. Damit wird gemessen, welcher Teil der laufenden Rentenausgaben durch jährliche Einnahmen gedeckt ist. Von 2014 bis 2020 war dieses Ergebnis negativ, mit zunehmender Tendenz. Seither kann sich die AHV finanziell über Wasser halten – dies aber nur, weil seit Anfang 2020 jährlich 2 Milliarden Franken zusätzlich in das Sozialwerk gepumpt werden (STAF-Vorlage). Eine Bluttransfusion, ohne die eigentliche Blutung zu beheben, quasi.

Am 25. September stimmen wir über die Reform AHV 21 ab. Wie beurteilen Sie die Vorlage aus Sicht des Arbeitgeberverbandes? Es ist ein guter Kompromiss. Die Arbeitgeber haben sich stets dafür ausgesprochen, dass die AHV von einer reinen Finanzspritze wekommt. Das heisst, es braucht strukturelle und finanzielle Massnahmen. Mit der Flexibilisierung des Rentenalters, der Angleichung des Referenzalters für Frauen und den Zusatzeinnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist das gelungen. Entsprechend stehen wir hinter der Vorlage und unterstützen sie, wie übrigens auch die anderen beiden Dachverbände Economiesuisse und Gewerbeverband.

Die letzte grosse AHV-Reform gelang vor 25 Jahren. Was braucht es, dass die AHV 21 erfolgreich ist?

Am wichtigsten scheint mir das Bewusstsein der Bevölkerung für die Notwendigkeit dieser Vorlage. In den letzten 25 Jahren ist man ohne Reform durchgekommen, was von den Gegnern ja auch immer gerne ins Feld geführt wird. Nur müssen wir uns vor Augen halten: Wir haben wirtschaftlich eine unglaublich gute Zeit erlebt, mit schönen Wachstumsraten und einer hohen Zuwanderung. All das hat die AHV zusammen mit der Zusatzfinanzierung über Wasser gehalten. Sobald diese Entwicklung aber nachlässt – und die Zeichen stehen im Moment nicht sonderlich positiv –, brechen die Zahlen der AHV ein wie ein Kartenhaus. Wir müssen der Bevölkerung also klarmachen: Ein Nein heisst, dass wir ohne Lösung dastehen.

Kann die AHV 21 die erste Säule stabilisieren?

Kurzfristig ja. Durch die Kombination aus strukturellen und finanziellen Massnahmen verstärken sich die einzelnen Elemente gegenseitig, was für die AHV-Finzen stabilisierend wirkt. Darüber hinaus sind wir uns aber einig: Die erste Säule hat durch die steigende Lebenserwartung und die demografische Entwicklung ein langfristiges Problem, das sich entsprechend auch nur langfristig beheben lässt. Die aktuelle Reformvorlage ist daher ein erster wichtiger Zwischenschritt, den es

dringend braucht. Im Anschluss müssen wir aber einen Reformrhythmus etablieren, um auf Veränderungen von aussen reagieren zu können. Entsprechend hat das Parlament den Bundesrat beauftragt, bis Ende 2026 erneut eine Vorlage aufzulegen.

Reformgegner rücken eine scheinbare Benachteiligung der Frauen ins Zentrum. Ist das gerechtfertigt?

Auf keinen Fall! Die Linken sind in ihren ideologischen Mustern derart verfangen, dass sie die Realität aus den Augen verloren haben: Die Reform hilft genau denjenigen Frauen am meisten, für die sich die Gegner sonst gerne starkmachen. Zwei Beispiele: Wenn jemand Beitragslücken hat, zum Beispiel wegen eines Erwerbsunterbuchs, ist das im heutigen System unwiederbringlich verloren. Mit der AHV-Reform hingegen kann man verlorene Beitragsjahre nachholen und so eine lebenslange Rentenkürzung vermeiden. Zweites Beispiel: Innerhalb der neun Jahrgänge der Übergangsgeneration hat jede Frau die Wahl: Sie kann entweder länger arbeiten und erhält einen lebenslangen Rentenzuschlag von bis zu 1920 Franken pro Jahr, oder sie kann sich mit massiv tieferen Kürzungssätzen als bisher weiterhin im Alter 64 pensionieren lassen. Damit haben wir eine Reform, die erreicht, was es braucht: zielgerichtete Zusatzmassnahmen für die tatsächlich Betroffenen statt Rentenerhöhungen für alle nach dem Giesskannenprinzip.

Als Verbandsexperte haben Sie eine Aussensicht auf die Politik. Ist der Handlungsbedarf bei den Sozialversicherungen genügend erkannt?

Ich denke nicht, dass es am Erkennen des Handlungsbedarfs mangelt, sondern an den daraus abgeleiteten Konsequenzen. Eigentlich sind sich alle einig, dass es Lösungen braucht. Sobald man aber konkret wird, geht der Streit los. Vielleicht ist das ein Grunddilemma: Wenn wir den Generationen nach uns kein Desaster hinterlassen wollen, müssen wir heute Massnahmen ergreifen, die stellenweise schmerzen, und eben nicht nur darüber diskutieren. Für die Altersvorsorge bietet die AHV-Reform eine gute Chance.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Schweizer Altersvorsorge?

Im Kern haben wir bei der Altersvorsorge ein abstruses Problem: Die Welt entwickelt sich weiter, die Lebenserwartung steigt, die Arbeitsmodelle verändern sich. Die Vorsorge aber bleibt in ihrem gesetzlichen Korsett verhaftet. Das ist, als würde man die Schwerkraft per Gesetz verbieten wollen, es funktioniert einfach nicht! Ich würde mir daher wünschen, dass man Mittel und Wege findet, um aus dem ewigen Reformstau zu entfliehen.

Interview: Marco Wölfli



AHV jetzt für die nächsten Jahre sichern

Ja zur AHV 21

Am 25. September stimmen wir über die Revision der AHV ab. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir unser wichtigstes Sozialwerk nicht an die Wand fahren wollen.

In den nächsten Jahren schreibt die AHV rote Zahlen. Die Gründe sind offensichtlich: Wir leben beinahe zehn Jahre länger als bei Einführung der AHV und beziehen entsprechend länger eine Rente. Das braucht – ganz banal – mehr finanzielle Mittel, wenn man die Renten nicht kürzen will. Das Verhältnis von denjenigen, die in die AHV einzahlen – den Erwerbstätigen –, zu denjenigen, die eine Rente beziehen, verschlechtert sich zudem laufend. 1948 kamen auf einen Rentner noch sechseinhalb Erwerbstätige, heute sind es noch gut drei. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird deshalb bereits 2025 ins Negative kippen. Und ab 2032 klafft im AHV-Topf eine Lücke von 18,5 Mrd Franken. Kurz gesagt: Wenn wir nichts tun, dann fehlt dieser Betrag, um laufende Renten auszubezahlen.

AHV 21 bringt Ausgleich bis 2030

Mit der AHV 21, der vom Parlament mit einer Mehrheit von SVP bis glp beschlossenen Reform, soll die AHV zumindest bis 2030 im Gleichgewicht gehalten werden. Sie sieht Massnahmen sowohl auf der Finanzierungs- als auch auf der Leistungsseite vor: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte und die etappenweise Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer. Zudem wird die vollständige Flexibilisierung beim Bezug der AHV eingefügt.

Diese Lösung ist fair und ausgewogen. Durch die Finanzierung über die Mehrwertsteuer tragen

alle Altersgruppen zur Stärkung der AHV bei, auch die Rentnerinnen und Rentner. Man verzichtet somit darauf, die Lohnabzüge zusätzlich zu erhöhen, was angesichts der steigenden Teuerung, aber auch um eine Schwächung unseres Wirtschaftsstandorts zu verhindern, richtig ist.

Gleiches Rentenalter für Mann und Frau

Auch die Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer ist nötig und schon länger an-

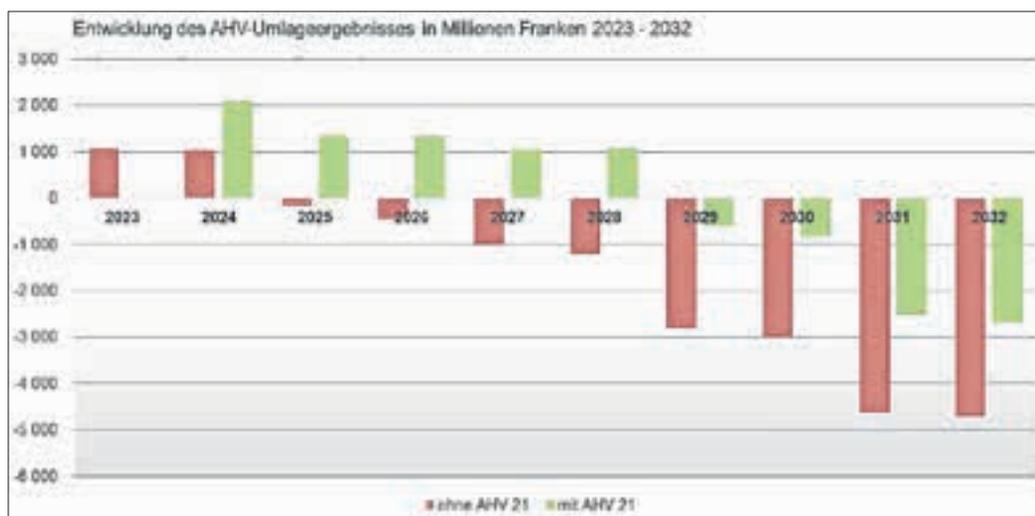
gezeigt. Dies sowohl aus sachlichen Gründen als auch aus Gründen der Gleichstellung. Frauen leben im Durchschnitt vier Jahre länger als Männer und beziehen entsprechend länger eine Rente. Es gibt bei der AHV auch keinen sogenannten «gender pension gap», eine Rentenlücke, die durch das Geschlecht erklärbar wäre. AHV-Renten von Männern und Frauen sind dank der bei der zehnten AHV-Revision eingeführten Massnahmen nicht unterschiedlich hoch. Und schliesslich geht es nicht an, gleiche Rechte für Mann und Frau zu fordern, bei den Pflichten aber nach wie vor auf Privilegien zu pochen.

Fairer Ausgleich

Das Parlament hat aber erkannt, dass die Rentenaltererhöhung für Frauen, die kurz vor der Pensionierung stehen, ein einschneidender Eingriff in ihre persönliche Lebensgestaltung ist. Es hat deshalb Ausgleichsmassnahmen für eine Dauer von neun Jahren beschlossen: Frauen mit sehr tiefen Löhnen werden sogar zu gleichen oder sehr privilegierten Konditionen ihre Rente vorbezogen und nach wie vor mit 64 in Pension gehen können. Arbeiten sie bis zum Alter 65, erhalten sie einen Zuschlag und damit eine höhere Rente. Die Lösung ist also sozial austariert.

Die letzte AHV-Revision fand 1997 statt, seither sind alle Reformvorhaben gescheitert. Es ist dringend nötig, dass wir heute Verantwortung übernehmen und die Lösung des Problems nicht auf die nächste Generation abschieben. Die AHV 21 ist ausgewogen und zielführend. Ich stimme deshalb mit Überzeugung Ja. Übrigens zweimal Ja: zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und zu den nötigen Gesetzesanpassungen.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH



Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen



Für eine langfristig sichere Schweiz

Sicherheitspolitische Forderungen der FDP

Die Schweizer Armee muss sich wieder stärker auf den Kernauftrag ausrichten. Foto: VBS/Philipp Schmidli

Bevölkerungs- und Zivilschutz

Dem Zivil- und dem Bevölkerungsschutz kommt eine besondere Rolle beim Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren bzw. deren Bewältigung zu. Um diese Rolle pflichtgemäss ausführen zu können, müssen die personellen und finanziellen Ressourcen sichergestellt und gezielter auf den Kernauftrag ausgerichtet werden. Den beiden Organisationen müssen die technischen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um im Krisenfall die Bevölkerung bedarfsgerecht informieren zu können.

Technologie und Cybersicherheit

Der Schutz vor Cyberrisiken ist von strategischer Bedeutung und gezielt zu verstärken. Die FDP fordert eine fokussierte neue Cyberstrategie sowie eine zweckmässige Organisation der Mittel in einem Bundesamt. Der Bund ist in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass seine eigenen zivilen Systeme vor Cyberangriffen geschützt sind. Die Cyberbedrohung hat einem vierten Möglichkeitsraum (Wasser, Land, Luft und Cyberraum) geschaffen, den es im Konfliktfall zu verteidigen gilt.

Versorgungssicherheit

Aufgrund der aktuellen Krisen und zugunsten einer besseren Vorbereitung muss überprüft werden, ob alle für die Bevölkerung und die Wirtschaft relevanten Ressourcen gelagert werden und ob die vorgegebenen Kapazitäten ausreichen. Denn in Krisenzeiten kann die Versorgungskette von kritischen Gütern und Dienstleistungen schnell unterbrochen werden. Der Staat muss ideale Handelsbeziehungen aufbauen, um bei der Versorgung mit kritischen Gütern nicht nur von einem Handelspartner angewiesen zu sein.

Verteidigungspolitik

Um optimal auf neue Bedrohungen vorbereitet zu sein, muss das Denken in Szenarien in der Planung Einzug finden. Damit eingehend braucht es die Evaluation der Leistungsfähigkeit unserer nachrichtendienstlichen Kapazitäten. Denn frühzeitige Informationen von Seiten des Nachrichtendienstes sind unabdingbar, um dynamische Situationen richtig einzuschätzen. Um in Krisenlagen handlungsfähig zu sein, ist das Armeebudget auf 7 Milliarden Franken und der personelle Sollbestand auf 120 000 Angehörige der Armee zu erhöhen. Ebenfalls ist die Igelmentalität, in welcher sich die Schweiz autonom schützt, veraltet und realitätsfremd. Die Schweiz muss enger mit der Nato kooperieren.

Internationales Engagement

Das Schweizer Neutralitätsverständnis basiert auf den Pfeilern Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Das Neutralitätsrecht besagt, dass die Schweiz nicht an einem Krieg teilnimmt, ihr Staatsgebiet zu schützen hat und Kriegsparteien gleich zu behandeln sind. Die Umsetzung der oben stehenden Pflichten, die Neutralitätspolitik, lässt mehr Interpretationsspielraum zu: So müssen wir den Spielraum nutzen, um im Verbund der demokratischen Länder agieren zu können. Dies durch ein flexibles und modernes Verständnis der Neutralität, dessen rechtlicher Kern aber erhalten bleibt. Bei eklatanten Verletzungen des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines Landes muss die Schweiz klar Position beziehen und Sanktionen der UNO, der OSZE sowie ihrer wichtigsten Handelspartner solidarisch mittragen. Die Schweiz hat viel Erfahrung und Glaubwürdigkeit in der Mediation, den Guten Diensten und allgemein in der Friedensförderung. Das internationale Genf spielt hierbei eine wichtige Rolle. Dieses Engagement ist weiterzuführen und zu intensivieren.

QR-Code scannen und das ganze Forderungspapier lesen.





«Hart, aber fair»

Forderungen der FDP in der Migrationspolitik

Die Migrationspolitik rückte zuletzt in den Fokus. Mit einem aktualisierten Forderungspapier unter dem bewährten Leitmotiv «Hart, aber fair» steht die FDP für einen konsequenteren Vollzug des Asylgesetzes sowie eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU ein.

Die aktuelle Migrationspolitik wird neben den bereits bestehenden Herausforderungen zusätzlich durch unvorhersehbare Krisen wie den Krieg in der Ukraine geprägt. Die FDP steht vor diesem Hintergrund weiterhin konsequent für eine harte, aber faire Migrationspolitik ein, die der langjährigen humanitären Tradition der Schweiz gerecht wird. Die Schweiz soll im Asylbereich nur denjenigen Schutz gewähren, denen im Sinne der Asylgesetzgebung und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 auch Schutz zusteht. Für den Arbeitsmarkt und die Unternehmen in der Schweiz ist der Erhalt der Personenfreizügigkeit mit den EU- und den EFTA-Staaten und daraus folgend eine stabile Beziehung mit der EU essenziell. Wichtiger Bestandteil davon ist die unkomplizierte Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb Europas. Aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels ist es zudem wichtiger denn je, dass die Schweiz mittels der optimalen Ausschöpfung der Drittstaatenkontingente auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten zählen kann.

Asylbereich

Vollzug verbessern und den Rückkehrbereich fördern

Asylsuchende, die nur infolge wirtschaftlicher Gründe auf der Flucht sind, sollen keinen Schutz in der Schweiz erhalten. Als Begleitmassnahme soll die Anzahl der «Safe Countries» und die Anpassung der Kriterien für die Definition eines Safe Country regelmässig überprüft werden. Resettlement-Programme sollen nur bei möglichen Kapazitäten in der Schweiz bewilligt werden. Bezüglich des Schutzstatus S sind die Lehren aus dem Krieg in der Ukraine zu ziehen. Den Schutzbedürftigen soll nach wie vor rasch Schutz geboten werden. Jegliche Fehlanreize gilt es zu beseitigen, und der Schutzstatus soll seinem Wesen gemäss Rückkehrorientiertheit ausgestaltet werden. Zudem fordert die FDP eine engere Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Rücknahmeabkommen. Die Förderung der freiwilligen Rückkehr muss vorangetrieben werden. Das fordert auch, die Zusammenarbeit mit Frontex zu verstärken (z.B. Nutzung der organisierten Rückflüge) und Sanktionen für nicht kooperative Herkunftsländer konsequent zu vollziehen.

Drittstaaten

Familiennachzug begrenzen und Integrationsanforderungen stärken

Das bestehende Kontingentsystem muss reformiert bzw. modernisiert werden, damit auf die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft und spezifisch der Jungunternehmen besser eingegangen wird. Dafür fordert die FDP mittels Zulassungserleichterungen für Drittstaatsangehörige mit Schweizer Hochschulabschluss bedarfsorientierte und Start-upfreundliche Lösungen in der Praxis. Zudem muss die Einwanderung in die Sozialsysteme verhindert werden. Ziel ist die reibungslose Integration für Drittstaatsangehörige, welche den Erwerb einer Landessprache und die Einbindung in den hiesigen Arbeitsmarkt bedingt. Auch der kostspielige Familiennachzug darf weiterhin nur unter strengen Bedingungen gewährt werden und insbesondere nur bei Abschluss von strikten Integrationsvereinbarungen.

EU/EFTA

Bilaterale sichern und Missbräuche bekämpfen

Die Schweiz braucht eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU. Umso wichtiger sind der Erhalt und die Weiterentwicklung der institutionellen Beziehungen, die den Grundstein für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft legen. Genauso wichtig ist das Dublin-Abkommen. Asylsuchende, die bereits in einem anderen Dublin-Staat ein Asylgesuch gestellt haben, müssen konsequent zurückgeführt werden, damit unser Asylsystem nicht überfordert wird. Die Schweiz trägt ihrerseits zur Sicherung der EU-Aussengrenzen und zur Entwicklung eines fairen Verteilschlüssels in den Dublin-Staaten bei.

QR-Code scannen und das ganze Forderungspapier lesen.



Tag der FDP

Gemeinsam feiern wir am 22. Oktober in Burgdorf



**Melden Sie
sich jetzt an!**

fdp.ch/agenda/tag-der-fdp

FDP
Die Liberalen

Bundesrätin Karin Keller-Sutter lässt den Schutzstatus S evaluieren. Foto: Jon Trachsel



«Entwicklung in der Ukraine ist massgebend»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

Sechs Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine spricht Bundesrätin Karin Keller-Sutter über die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge und die Solidarität der Schweizer Bevölkerung.

Vor sechs Monaten kamen die ersten ukrainischen Flüchtlinge in die Schweiz. Wie ist die Lage heute? Über den Sommer nahm die Zahl der neu ankommenden Geflüchteten auf etwa 100 pro Tag ab. Zu Beginn waren es in der Spitze bis zu 1800 Personen pro Tag. Die Situation hat sich inzwischen beruhigt. Der Zustrom von Geflüchteten hängt jedoch vom Kriegsverlauf und den Lebensbedingungen in der Ukraine ab und kann sich deshalb zum Beispiel im Herbst wieder ändern.

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie im Herbst?

Ich möchte nicht spekulieren. Wichtig ist, dass sich die Behörden auf verschiedene Szenarien vorbereiten. Wie bereits erwähnt, spielt der Kriegsverlauf hier die zentrale Rolle. Weitere Faktoren sehe ich bei der Energieversorgung in der Ukraine oder der Weiterwanderung von Schutzsuchenden aus den Nachbarstaaten der Ukraine. Auch die Zahl der regulären Asylgesuche dürfte tendenziell zunehmen. Der Migrationsdruck ist insgesamt deutlich angestiegen. Auf der anderen Seite bereiten wir uns schon jetzt auf eine allfällige Rückkehr der Geflüch-

teten aus der Ukraine vor. Schon vor den Sommerferien habe ich dem SEM den entsprechenden Auftrag dazu erteilt.

Zu Beginn ging es darum, dass alle Flüchtlinge ein Dach über den Kopf und den Schutzstatus S gekriegt haben. Welche Herausforderungen stellen sich heute? Die Unterbringung ist ein Dauerthema. Die Zuständigkeit liegt hier bei den Kantonen. Mittelfristig müssen sich das SEM und die Kantone darauf vorbereiten, dass die Anzahl täglich neuankommender Personen aus der Ukraine wieder ansteigen könnte. Weitere Herausforderungen sind die Integration in den Arbeitsmarkt sowie auch die Frage der Rückkehr.

Was kann unternommen werden, um die Erwerbsquote der Ukrainerinnen und Ukrainer zu erhöhen? Schon heute arbeitet knapp jede 10. Ukrainerin beziehungsweise jeder 10. geflüchtete Ukrainer. Dieser Wert ist höher als bei anderen Flüchtlingen. Es gilt zu bedenken, dass 75 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter Frauen

sind, die auch Betreuungsaufgaben erfüllen müssen. Es ist mir wichtig, dass wir hier im engen Kontakt mit der Wirtschaft arbeiten. Die Sozialpartner treffe ich deshalb regelmässig.

Wie sieht die langfristige Strategie im Umgang mit den Ukraine-Flüchtlingen aus? Der Status S ist rückkehrorientiert und auf ein Jahr befristet, also bis März 2023. Der Bundesrat wird entscheiden, ob er den Status S verlängert oder aufhebt. Bereits Ende Juni habe ich den Auftrag erteilt, alle rechtlichen, organisatorischen und logistischen Fragen zu klären, unter welchen Umständen und wie die Menschen dereinst zurückkehren können. Wie bei der Aktivierung des Status S braucht es auch bei dessen Aufhebung eine enge Koordination auf europäischer Ebene.

Besteht die Gefahr, dass die grosse Hilfsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung abnimmt? Bis jetzt stelle ich weiterhin eine grosse Solidarität und Hilfsbereitschaft fest. Wichtig ist, dass es keine Missbräuche gibt, gerade in der Sozialhilfe. Wir arbeiten daran, an der EU-weiten Registrierungsplattform teilnehmen zu können. Die Plattform erlaubt einen Abgleich der Daten zwischen den Schengen-Staaten, um zu sehen, ob jemand schon in einem anderen Staat einen Schutzstatus hat. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Kantone mit geeigneten Massnahmen dafür sorgen, dass niemand Sozialhilfe bezieht, der dazu nicht berechtigt ist.

Ist der Schutzstatus S auch für künftige Flüchtlingsbewegungen gemacht oder muss er reformiert werden? Der Status S ist die Ausnahme und nicht die Regel. Er wurde für die kollektive Aufnahme von Kriegsflüchtlingen geschaffen, die schnell und unbürokratisch den vorübergehenden Schutz der Schweiz brauchen. Für Personen, die eine individuelle Verfolgung geltend machen, bleibt das ordentliche Asylverfahren die Regel. Da wir den Status S zum ersten Mal anwenden, habe ich bereits im Mai eine Evaluationsgruppe eingesetzt, die im Juli ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie prüft, inwiefern sich der rechtliche Rahmen des Status S bewährt hat. Die Evaluationsgruppe wird bis Ende Juni 2023 eine Analyse des rechtlichen Handlungsbedarfs und Spielraums vornehmen. Ich erwarte einen Zwischenbericht bis Weihnachten.

Interview: Marco Wölfli



Wichtige Grundlagen für nachhaltige Zukunft

Ausblick auf die Herbstsession

Wenn ab dem 12. September die eidgenössischen Räte zur Herbstsession zusammenkommen, erwartet sie gemäss provisorischem Programm viel Arbeit. Neben der Sicherung der Altersvorsorge sind wichtige Entscheide in der Wirtschafts- und Umweltpolitik zu erwarten.

Die Herbstsession 2022 steht ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit. Aber nicht allein fokussiert auf ökologische Aspekte, sondern im Sinn des freisinnigen Verständnisses im Zusammenspiel mit Wirtschaft und Gesellschaft. So sollen in der Herbstsession im

Bereich der Klima- und Energiepolitik langfristig zentrale Entscheide gefällt werden. Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative soll auf Gesetzesebene das Netto-Null-Ziel bis 2050 verankert werden, damit rasch die passenden Rahmen-

bedingungen für die Wirtschaft und Gesellschaft definiert werden können, was ganz im Interesse der FDP ist.

Altersvorsorge im Fokus

Ähnliches gilt für den seit geraumer Zeit beratenen Mantelerlass zugunsten einer sicheren Stromversorgung, der die richtigen Anreize zugunsten u. a. einer Winterstromreserve inklusive zusätzlicher Kapazitäten setzen soll. Im Bereich der Vorsorge erwartet die FDP ebenfalls wichtige Beschlüsse. So soll im BVG endlich auch der Ständerat seine Position zu dieser absolut zentralen Reform fassen. Speziell im Kontext der Volksabstimmung vom 25. September zur AHV 21 bekommt diese Beschlussfassung eine besondere Bedeutung. Hoffentlich ohne grössere Probleme sollte die Volksinitiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV-Rente im Nationalrat abgelehnt werden. Sie steht völlig quer in der Landschaft und führt, anstatt zu mehr finanzieller Stabilität in der AHV zu einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von rund vier Milliarden Franken pro Jahr.

Zu guter Letzt sollen im Bereich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidende Reformen zur Umsetzung der globalen OECD-Besteuerung sowie zur Wohneigentumsbesteuerung aufgegleist werden. Beide Vorlagen bewirken jeweils Systemwechsel, die nachhaltig Einfluss auf die Standortattraktivität der Schweiz haben werden.

Michael Mandl, Fraktionssekretär

Unseren Wohlstand behalten statt verscheuchen!

- Die Reform der Verrechnungssteuer holt Steuereinnahmen zurück. Der Bund rechnet innert fünf Jahren mit jährlichen Mehreinnahmen von 350 Mio. Franken.
- Dank günstigerer Finanzierungen sparen Bund, Kantone und Gemeinden jedes Jahr Zinsen von bis zu 200 Mio. Franken.
- Auch der Service public profitiert: Spitäler, ÖV und Energiebetriebe können sich ebenfalls günstiger finanzieren. Das nützt allen.



[verrechnungssteuer-ja.ch](https://www.verrechnungssteuer-ja.ch)

JA

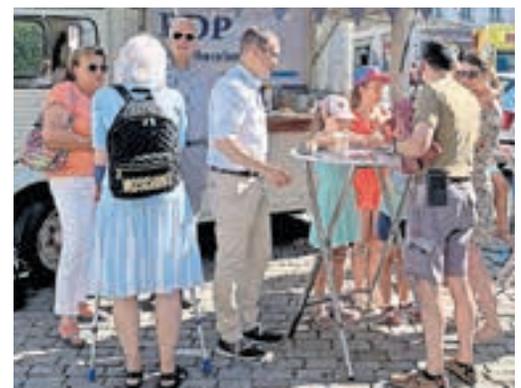
AM
25.
SEPTEMBER

zur REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER

Damian Meier will Kaspar Michel im Schwyzer Regierungsrat beerben.



Damian Meier mit seiner Familie.



Als Regierungsratskandidat bei einer Standaktion auf dem Hauptplatz in Schwyz.

Die FDP Schwyz will mit Polizeikommandant Damian Meier den Regierungsratssitz des zurückgetretenen Kaspar Michel verteidigen. Neben einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie will sich Meier insbesondere für mehr Arbeitsplätze im Kanton einsetzen.

Am 25. September sind im Kanton Schwyz ausserordentliche Wahlen angesagt: Weil mit Kaspar Michel (FDP) und Andreas Barraud (SVP) per Ende 2022 gleich zwei Mitglieder aus der Schwyzer Regierung austreten, wird die Bevölkerung an die Urne gebeten. Die FDP Kanton Schwyz schickt mit Damian Meier einen Topkandidaten ins Rennen. Ein Spaziergang wird die Wahl für ihn deshalb aber nicht. Schon früh hat sich nämlich eine Kampfwahl abgezeichnet. Die Linke will ihren einst verlorenen Sitz zurückerobern. Ausserdem macht neu auch die GLP einen Sitzanspruch geltend. Und schliesslich haben nebst einem SVP-Kandidaten auch noch zwei Parteilose auf dem Kandidatenkarussell Platz genommen.

Polizeikommandant und Familienmensch

Wer aber ist dieser Damian Meier, den die Schwyzer Freisinnigen ins Rennen schicken? Ursprünglich aus dem Kanton Luzern stammend, zog Meier mit seiner Frau und den zwei Töchtern vor acht Jahren in den Hauptort Schwyz. Hier kamen zwei

weitere Mädchen zur Welt. «Wir fühlen uns sehr wohl im Kanton Schwyz und haben Land und Leute so richtig in unsere Herzen geschlossen», sagt Meier. In seiner Funktion als Kommandant der Kantonspolizei Schwyz sorgt er mit seinem 330-köpfigen Korps seit acht Jahren für die Sicherheit der Bevölkerung. Seinen Beruf übt Meier mit Herzblut aus – trotzdem verspürt er den Wunsch, den Kanton Schwyz noch stärker gestalten zu können. Das Amt in der kantonalen Exekutive böte die perfekte Gelegenheit dazu. Dass der 48-Jährige die ideale Besetzung für das Regierungsgremium ist, daran lässt der Parteivorstand keinen Zweifel offen. «Damian Meier erfüllt alle Voraussetzungen für dieses anspruchsvolle Amt», sagt Parteipräsident Urs Rhyner. «Er verfügt über eine lange politische Erfahrung und ist durch und durch liberal. Freiheit ist ihm ein zentrales Anliegen.»

Mehr Arbeitsplätze für Schwyz

Privat steht bei Damian Meier die Familie an erster Stelle. Das Thema Familie prägt denn auch

seine politische Agenda. «Als Ehemann und vierfacher Vater weiss ich um die Herausforderungen, mit denen sich Familien im Kanton Schwyz konfrontiert sehen», sagt er. Er spricht sich deshalb für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für eine gute Volksschule und für sichere Schulwege aus. «Wir müssen zudem Sorge zur Umwelt tragen, damit die nächsten Generationen unsere wunderbare Landschaft ebenso geniessen können wie wir», so Meier weiter. Ihm lägen aber auch die Arbeitsplätze im Kanton am Herzen. Der negativen Pendlerbilanz sei konsequent der Kampf anzusagen. «Wir müssen Gewerbe und Unternehmungen weiter entlasten, sie weniger regulieren und die unternehmerische Freiheit in den Vordergrund stellen.» Weniger bürokratische Hürden begünstigten die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im Kanton Schwyz.

Zu guter Letzt will sich Meier auch für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern einsetzen. «Der Staat soll nicht Geld auf der hohen Kante haben, sondern seine aktuellen Überschüsse sinnvoll und zugunsten einer Steigerung der Lebensqualität einsetzen oder aber sie den Steuerzahlern via weitere Steuersenkungen zurückgeben», ist er überzeugt.

FDP. Die Liberalen Kanton Schwyz

Blick über die Altstadt und den See – Sinnbild für die Zuger Lebensqualität. Foto: Zug Tourismus



(Noch) mehr Lebensqualität für Zug

FDP ist bereit für den grossen Wahltag

Am 2. Oktober finden in Zug kantonale und kommunale Wahlen statt. Die FDP tritt mit motivierten Kandidierenden an und Kantonalparteipräsident Cédric Schmid zeigt sich zuversichtlich, was den Wahlausgang angeht.

Rankings, die die Lebensqualität von Städten und Regionen messen, gibt es viele. Was sie gemein haben, ist, dass Stadt und Kanton Zug fast immer einen Spitzenplatz belegen. Der kleine Inner-schweizer Kanton punktet nicht nur mit seiner Wirtschaftskraft, sondern auch mit idyllischer Landschaft und hervorragender Infrastruktur. Die FDP Zug will, dass diese hohe Lebensqualität den Kanton auch in Zukunft auszeichnet, und stellt Lebensqualität ins Zentrum des Wahlkampfes. «Die FDP ist verantwortlich, dass die Lebensqualität in Zug so hoch ist, und wir versprechen, sie auch weiterhin hochzuhalten», sagt Cédric Schmid, Präsident der FDP Kanton Zug. Die vielen KMU, die guten Bildungsinstitutionen und die bürgerfreundliche Verwaltung seien ausschlaggebend für die Lebensqualität in Zug.

Persönlicher Wahlkampf der Kandidierenden

Am 2. Oktober erwartet die Zugerinnen und Zuger ein grosser Wahltag. Neben Kantonsrat und Regierung werden auch in den Gemeinden neue Stadt- und Gemeinderäte gewählt. Cédric Schmid freut sich, dass die FDP im Kanton Zug mit vollen Listen antreten kann: «Wir wollen Kandidierende, die sich stark engagieren, das ist uns gelungen.» Für

den Präsidenten der Kantonalpartei ist es wichtig, dass die Kandidierenden einen persönlichen Wahlkampf führen. «Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen ihre Stärken und persönlichen Qualitäten in den Vordergrund stellen. Wir wollen keine Schauspieler», betont Schmid. Die FDP Zug verbindet ihre Kernaussage «Lebensqualität» mit Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Eigenverantwortung. Darunter fallen Forderungen wie zeitgemässe Arbeitsstrukturen, eine wirksame Klima- und Energiepolitik oder eine Stärkung des Arbeitsplatzes Zug. Auch Digitalisierungsthemen spielen in Zug eine grosse Rolle und die FDP sieht sich als Vorreiterin. Schmid sieht insbesondere grosses Potenzial bei Blockchain-Technologien: «Die FDP setzt sich für Zug als Blockchain-Standort ein, da es bereits heute viele Akteure in diesem Bereich gibt und sich künftig noch mehr Möglichkeiten bieten.»

Bekommt Zug die erste Stadtpräsidentin?

Bei den Regierungsratswahlen treten die bisherigen freisinnigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wieder an. Das sei ein Glücksfall für Zug und die FDP, so Schmid. «Andreas Hostettler hat mit seiner Ukraine-Politik und



Cédric Schmid, Präsident FDP Zug.

der schnellen Aufnahme der ankommenden Flüchtlinge grosses Herz gezeigt. Florian Weber macht einen guten Job beim Ausbau der Infrastrukturen für Verkehr, Gebäude und Energieversorgung. Ihm haben wir zudem zu verdanken, dass es in Zug trotz vielen Pendlern wenig Stau gibt.» Bei den Kantonsratswahlen tritt die FDP mit 48 Kandidierenden an und möchte die heutige Sitzzahl von 16 auf 19 Mandate erhöhen. Schmid zeigt sich optimistisch, dass sogar mehr drin liegt. Ein Ziel sei es, je nach Zählweise zur stärksten Kraft im Kanton aufzusteigen. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf den Wahlen in der Stadt Zug. Dort möchte Eliane Birchmeier die erste Stadtpräsidentin in der Geschichte der Kantonshauptstadt werden. Mit dem breiten Kandidatenfeld und einem schlagkräftigen Wahlkampfteam ist die FDP Zug gut aufgestellt, die Lebensqualität in Zug weiterhin hochzuhalten.

Marco Wölfli

Von einem Ja zur Verrechnungssteuerreform profitiert auch die öffentliche Hand. Foto: iStock/marchmeena29



«Für einen starken Standort Schweiz»

Ja zur Verrechnungssteuerreform

Mit der Reform der Verrechnungssteuer können Finanzierungsaktivitäten und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückgeholt sowie die Steuereinnahmen erhöht werden. Grund genug für ein Ja am 25. September.

Das Volumen an inländischen Anleihen ist rückläufig und das ist ein hausgemachtes Schweizer Problem. Uns entgehen wichtige Einnahmen, Arbeitsplätze und Umsätze. In den vergangenen zwölf Jahren ist dieses Geschäft um mehr als die Hälfte geschrumpft – während es in anderen Ländern wächst.

Grund dafür ist die Verrechnungssteuer auf Obligationen. Konkurrierende Wirtschaftsstandorte kannten noch nie eine solche Steuer. Ein Beispiel hierfür ist Luxemburg. Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt gibt Luxemburg 190-mal mehr Anleihen heraus als die Schweiz. Den Schaden trägt die Schweiz, welcher nicht nur Wertschöpfung verloren geht, sondern auch Steuereinnahmen.

Wertschöpfung in vielen Bereichen

Bundesrat und Parlament wollen diese Benachteiligung der Schweiz nicht mehr länger hinnehmen und ihre Einnahmen verbessern und die Wertschöpfung in der Schweiz haben. Ihre Lösung ist denkbar einfach: Die Schweiz schafft die Verrechnungssteuer auf Obligationen ab. Damit schafft sie sich gleich lange Spiesse im internationalen Wett-

bewerb. Die Reform der Verrechnungssteuer ist dabei chirurgisch gezielt austariert. Sie beschränkt sich nämlich auf neue Anleihen. Das erlaubt es, Steuerausfälle bestehender Anleihen in Grenzen zu halten. Gleichzeitig führt die Reform zu Mehreinnahmen, weil neue Volumina entstehen. Der Bund rechnet schon nach fünf Jahren mit einer Zunahme an Steuereinnahmen von 350 Millionen Franken pro Jahr. Unter dem Strich bringt die Reform also mehr Wertschöpfung und mehr Steuereinnahmen. Davon profitieren alle. Ein belebter Kapitalmarkt kommt nämlich allen zugute. Bund und Kantone können günstiges Geld aufnehmen und profitieren also gleich doppelt. Sie nehmen mehr Steuern ein und können sich Zinskosten sparen. Aber auch Spitäler, ÖV-Betriebe und Energieunternehmen können dank der Reform ihre Finanzierungskosten senken. Dies ermöglicht auch dem Service public günstigere Investitionen.

Reform bringt Mehreinnahmen

Die Linke hat jedoch unverständlicherweise das Referendum gegen die Reform ergriffen. Sie argumentiert dabei mit temporären Ausfällen und lässt

die Mehreinnahmen an Steuern ausser Acht. Das ist unehrlich. Das Festhalten an der Verrechnungssteuer erhält den Nachteil für die Schweiz und wird ebenfalls zu sinkenden Einnahmen führen, denn die inländischen Anleihen werden auf diesem Weg weiter sinken und sinken und mit ihnen auch die Steuererträge.

Die Reform ist gerade jetzt von zentraler Bedeutung. Das internationale Steuerumfeld verschärft sich zusehends. Dabei werden wettbewerbsfähige Staaten wie die Schweiz immer mehr geschwächt, so auch durch die von grossen Industrie- und Schwellenländern durchgesetzte OECD-Mindestbesteuerung. Um die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandortes zu gewährleisten, müssen wir deshalb auch aus diesem Grund jetzt selbst verschuldete Steuernachteile abschaffen. Und die Verrechnungssteuer steht hier ganz oben. Die Reform erlaubt es uns, die wettbewerbsliche Standortschwächung durch die OECD-Mindeststeuer teilweise zu kompensieren.

Bei der Abstimmung über die Reform der Verrechnungssteuer am 25. September können wir ein Problem lösen. Wir können uns für mehr Steuereinnahmen und mehr Wettbewerbsfähigkeit aussprechen. Darum sage ich Ja zur Reform der Verrechnungssteuer und ermutige Sie, es mir gleichzutun.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Die Schweiz verfügt bereits heute über die strengsten Tierschutzgesetze.



Tierwohl anders fördern

Nein zur Massentierhaltungsinitiative

Am 25. September kommt mit der Massentierhaltungsinitiative ein weiteres Volksbegehren zur Abstimmung, das sehr extrem ist: Alle tierischen Lebensmittel sollen aus einer Haltung stammen, die mindestens dem Bio-Standard entspricht. Wer das will, kann heute schon entsprechend einkaufen.

Ja natürlich, auch Nutztiere sollen ein gutes Leben haben und nicht leiden müssen. Darin sind wir uns wohl alle einig. Das Schweizer Tierschutzgesetz wurde seit seiner Einführung 1981 stetig weiterentwickelt. Von anfänglich rein quantitativem Tierschutz – also z. B. Mindestfläche pro Kuh – regelt es heute auch die qualitativen Aspekte des Tierwohls. Als einziges Land der Welt begrenzen wir zudem die maximale Anzahl Tiere pro Betrieb bei Hühnern, Schweinen und Kälbern. Die beiden agrarpolitischen Instrumente im Bereich Tierwohl «Besonders tierfreundliche Stallhaltung» und «Regelmässiger Auslauf im Freien» erfreuen sich grosser Beliebtheit. Dank ihnen gibt es zahlreiche Labelprodukte wie den IP Suisse-Käfer, die mit Mehrwert im Bereich Tierwohl punkten. Dazu kommen weitergehende Labels wie Bio Suisse, Demeter oder KAG Freiland, bei denen bei jeder Tierart z. B. auch Auslauf auf einer Weide garantiert ist. Also genau das, was die Massentierhal-

tungsinitiative unter anderem fordert. Bei zahlreichen Lebensmitteln ist zudem die Labelproduktion auf Stufe Landwirtschaft grösser als die Nachfrage dafür.

Auch Importe betroffen

Es macht aus liberaler Sicht keinen Sinn, ein bestehendes Angebot zur Pflicht zu machen und den Konsumentinnen und Konsumenten vorzuschreiben, wie sie einzukaufen haben und was sie essen sollen. Ebenso wenig soll ein privatrechtliches Label als Produktionsvorgabe in der Verfassung verankert werden. Ein weiterer Pferdefuss dieser Initiative ist die Importklausel. So müssten auch importierte tierische Lebensmittel aus Tierhaltungen stammen, die mindestens dem Bio-Suisse-Standard entsprechen. Der Bundesrat kam in seiner Botschaft zum Schluss, dass diese Umsetzung mit unseren internationalen Handelsverpflichtungen nicht vereinbar wäre. Von den sehr aufwendi-

gen und kaum umsetzbaren Kontrollen ganz zu schweigen.

In seinem Gegenvorschlag verzichtete die Regierung deshalb darauf, die Importe miteinzubeziehen. Es ist also anzunehmen, dass die Vorgaben am Schluss nur bei der eigenen Produktion im Inland umgesetzt würden. Wettbewerbstechnisch wäre das für die Schweizer Bauernbetriebe ein grosser Nachteil, weil ihre Produkte ungleich teurer würden. Das Konsum- und Einkaufsverhalten wie auch die Preissensibilität der Bevölkerung ändert sich bei einem Ja zur Massentierhaltungsinitiative nicht automatisch mit. Mehr importierte Lebensmittel aus viel schlechteren Tierhaltungen und mehr Einkaufstourismus wären wohl die Konsequenzen. Davon hat niemand etwas – auch die Tiere nicht.

Da ich gegen eine staatliche Steuerung der Produktion unter Ausschluss jeglicher Marktrealität bin, werde ich bei der Massentierhaltungsinitiative überzeugt ein Nein in die Urne legen. Das Tierwohl können wir alle mit unserem täglichen Einkauf selbstverantwortlich weiterfördern.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE

**Valérie wird
nächstes Jahr
18 Jahre alt.**



**Genauso lange warten wir auf die
Erhöhung der Grimsel-Staumauer.**



**Jetzt Petition für
mehr Wasserkraft
unterzeichnen!**

FDP
Die Liberalen



Liberaler Rezepte für die städtische Wohnbaupolitik

Resolution der FDP Urban

Wohnen in der Stadt ist begehrt. Die Preise für Wohnungen sind entsprechend hoch, Wohnraum ist knapp. Die rot-grünen Rezepte sind gescheitert. Es braucht mehr liberale Lösungen für mehr privates Bauen.

Wohnen in den Städten ist sehr begehrt. Der Boden ist aber begrenzt, und die Preise sind entsprechend hoch. Während die rot-grünen Parteien ausschliesslich auf staatliche und gemeinnützige Bauträger setzen, sind es die Privaten, die weitaus am meisten Wohnungen bauen. Privates Bauen erleichtern und beschleunigen bedeutet somit, dass mehr Menschen Wohnungen mieten und kaufen können.

Mehr Wohnungen, Grünflächen und Lebensqualität

FDP Urban hat in einer neuen Resolution die Herausforderungen der Wohnbaupolitik analysiert. Darauf aufbauend stellen wir neun Forderungen, die in drei Kernbotschaften münden:

1. Umweltbewusst Wohnraum schaffen: Gebäude erhöhen und verdichten, ohne Grün- und Freiflächen zu zerstören
2. Bauen beschleunigen und vereinfachen: kurze Fristen, eine Ansprechstelle für die Bauherren und durchgängig digitale Prozesse
3. Aus Büros Wohnungen machen – und umgekehrt

Verdichten, Höherbauen und optimierte Ausnutzung sind die zentralen Hebel für mehr Wohnraum in den Städten. Die Akzeptanz dafür wächst, wenn die Städte nicht zubetoniert werden, sondern die Lebensqualität erhalten bleibt. Private Investoren schliesslich müssen willkommen sein und optimale Voraussetzungen zum Bauen vorfinden.

Parlamentarieranlass

13. September 2022, ab 18 Uhr in Bern



Die nächste Ausgabe des FDP-Urban-Parlamentarieranlasses widmet sich den Themen der Resolutionen: Wir diskutieren das Wohnen und die Mobilität in der Stadt mit Expertinnen und Experten sowie liberalen Verantwortungsträgern aus den Schweizer Städten.

Falls Sie Interesse haben, an dieser Abendveranstaltung teilzunehmen, melden Sie sich bitte bei events@fdp-stadtbern.ch.



QR-Code scannen und die ganze Resolution lesen.



Um unseren Forderungen mehr Gewicht zu geben, haben wir eine Petition lanciert.

QR-Code scannen und Petition unterschreiben.

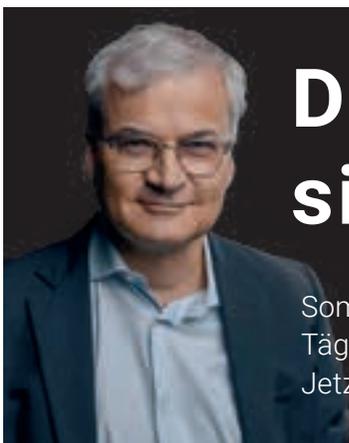
Nächster Halt: Mobilität in der Stadt

Auch die Verkehrspolitik bewegt die Städte. Auch dort braucht es liberale Rezepte, die das ungebrochene Mobilitätsbedürfnis der Menschen in Einklang bringen mit einer pulsierenden und lebenswerten Stadt. Eine weitere Resolution von FDP Urban dazu folgt in Kürze.

Beat Habegger, Präsident FDP Urban

Kathrin Puhon, Geschäftsführerin FDP Kanton Zürich

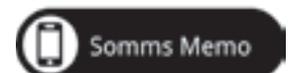
Anzeige



Die Fakten und warum sie wichtig sind.

Somms Memo.
Täglich in Ihrer Mailbox.
Jetzt kostenlos abonnieren.

NEBELSPALTER
www.nebelspalter.ch/sommsmemo



Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

AHV 21



NEIN

Massentierhaltungsinitiative



JA

Reform der Verrechnungssteuer

Mehr Importe statt regionale Lebensmittel?



SEPT
25

**NEIN zur unnötigen
Tierhaltungsinitiative**
tierhaltungsinitiative-nein.ch

KOLUMNE

Freiheit in unsicheren Zeiten



Kürzlich war die Ministerpräsidentin von Estland, Kaja Kallas, Gast in einer Diskussionsrunde. Politikerinnen und Politiker haben engagiert über den «Gender-Wahnsinn» oder die Debatte über Sinn und Unsinn von «kultureller Aneignung» gesprochen. Bis die estnische Ministerpräsidentin das Wort ergriff. Dabei wurde rasch klar: Kallas sah sich im falschen Film.

Sie sagte sinngemäss: Den Wert der Freiheit erkennt man erst, wenn man die Freiheit nicht mehr habe. Als Nachbarland zu Russland sei Estland direkt vom Angriff auf die Ukraine betroffen. Dabei gehe oftmals vergessen, dass die Fläche, welche heute in der Ukraine von russischen Truppen besetzt sei, viermal grösser sei als diejenige der Schweiz. Weiter sei Odessa gleich weit von Tallinn entfernt wie von der Schweiz.

Das hat Eindruck hinterlassen und mich einmal mehr darin bestätigt, dass der Einsatz für die Freiheit nicht irgendwann erledigt sein wird und auch nicht einfach eine Zeiterscheinung sein kann. Der Einsatz für die Freiheit ist essenziell und alternativlos.

Ein Land und dessen Bevölkerung kann sich nur frei fühlen, wenn es sicher ist. Grundlage dafür ist eine starke, unabhängige Armee. Es erstaunt doch sehr, dass während eines Krieges in Europa noch über Sinn und Unsinn einer Stärkung der Schweizer Armee gesprochen wird. Oder dass eine grüne Nationalrätin alle demokratischen Gepflogenheiten aushebeln will, um die vom Souverän legitimierte Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aufgrund des Typenentscheids zu verhindern. Dagegen wehren wir uns.

Unser Einsatz für Sicherheit und Freiheit ist wichtiger denn je.

Andri Silberschmidt
 Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

FDP

Die Liberalen

**Gemeinsam sichern
wir unsere AHV**

**2x JA zur
AHV 21**

sichereahv.ch

